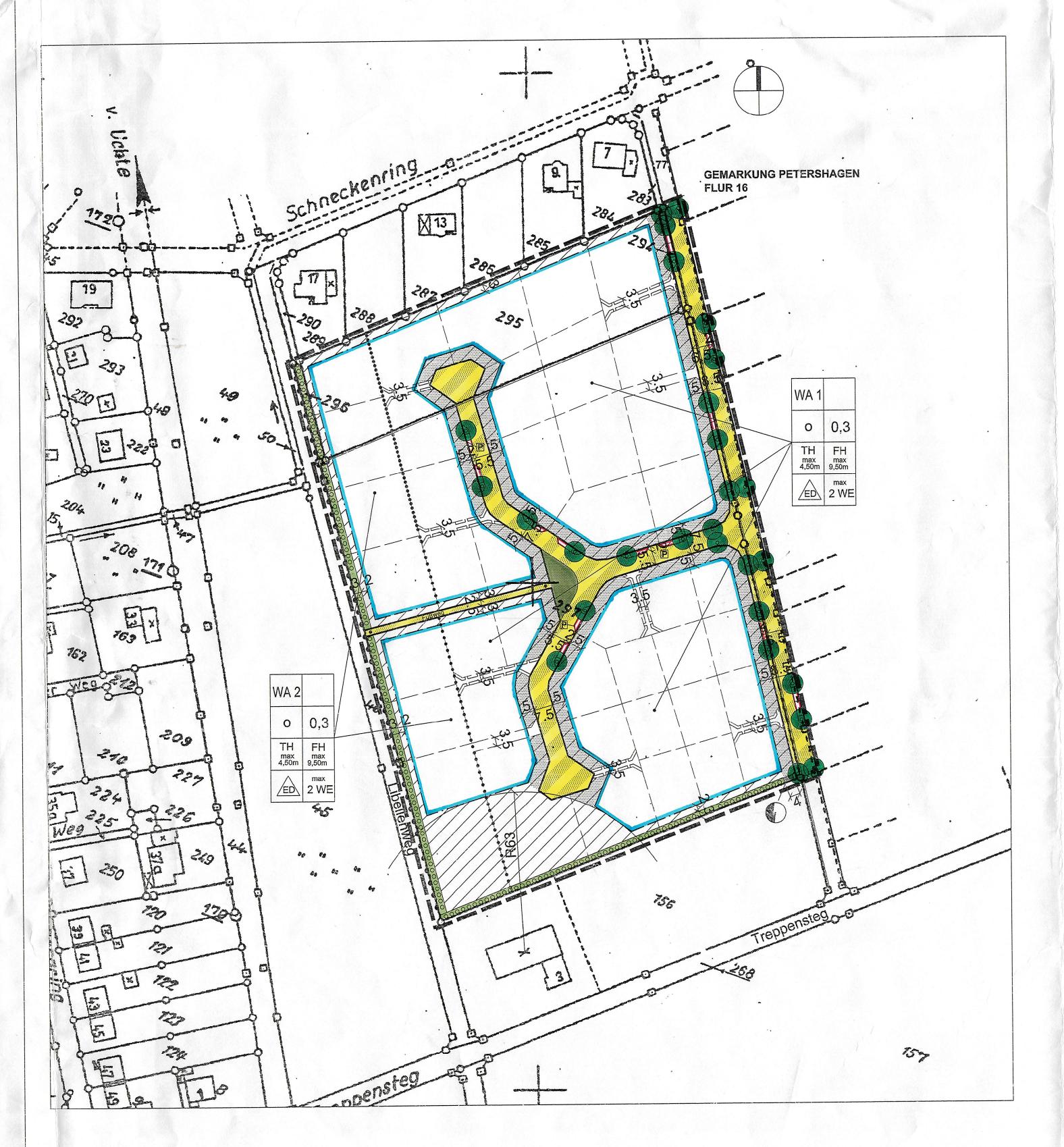
PLANZEICHNUNG

M 1:1000



VERFAHRENSVERMERKE

Did. Ing. Ko Wojahn

Entwurf und Bearbeitung planQUADRAT Deliusstraße 5 32457 Porta Westfalica	Die Darstellung des gegenwärtigen Zustandes stimmt mit dem Katasternachweis vom überein. Es wird hiermit bescheinigt, daß die Festlegung der städtebaulichen Planung geometrisch eindeutig sind.	Dieser Bebauungsplan ist gemäß § 2 (4) BauGB vom 27.08.1997 (BGBI. I S. 2141) in der derzeit gültigen Fassung durch Beschluss des Rates der Stadt vom 26.06.01 aufgestellt worden und am 14.03.02 vom Rat der Stadt als Entwurf beschlossen.
Petershagen, den <u>06</u> . <u>06</u> . <u>100</u> <u>2</u>	Minden, den	Petershagen, den 1803.02
32457 PORTA WESTFALICA DELIUSSTRASSE 5 STADTPLANUNG WOJAHN PLE MOUPLOSS 45 FAX: 0 57 22/90 55-55		

öffentlich bestellter

Vermessungsingenieur

Die Bürgermeisterin

Dieser Bebauungsplan hat als Ent-Dieser Bebauungsplan ist gemäß § 10 BauGB vom 27.08.1997 (BGBI. der Bereithaltung sind am 22.07.02 wurf einschließlich des Textes und IS. 2141) und § 7 der Gemeindever- ortsüblich bekannt gemacht worden. der Begründung gemäß § 3 (2) ordnung NW in der Fassung der Be- Dieser Bebauungsplan mit dem BauGB vom 27.08.1997 (BGBl. ! S. 2141) in der derzeit gültigen Fass-ung in der Zeit vom 23.04.62 bis kanntmachung vom 13.08.1996 (GV Satzungsexemplar wird mit dem NW S. 475) im der derzeit gültigen Text und der Begründung gemäß 29,05.02 öffentlich ausgelegen. Die Offenlegung wurde am

Die Bürgermeisterin

NW S. 475) im der derzeit gültigen
Fassung und dem Text vom Rat der
Stadt am 1000 als Satzung

Text und der Begründung gemäß
§ 10 BauGB ab 22 000 zu jedermanns Einsicht bereithalten. 22,07,00 öffentlich bekannt Petershagen, den 2407 02

Die Bürgermeisterin

nebst Begründung beschlossen. Petershagen, den 2407.02

Petershagen, der24.07.02 Stadt Ptershagen Die Bürgermeisterin Im Auftrage

Der Satzungsbeschluss und der Ort

PLANZEICHENERLÄUTERUNG UND TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Art und Maß der baulichen Nutzung

WA 2

Allgemeines Wohngebiet (gemäß § 4 BauNVO)
Ausnahmen gemäß § 4 (3) Nr. 1 und 3-5 BauNVO sind gemäß § 1 (6) BauNVO

Allgemeines Wohngebiet (gemäß § 4 BauNVO)
Ausnahmen gemäß § 4 (3) Nr. 1 und 3-5 BauNVO sind gemäß § 1 (6) BauNVO

(siehe örtliche Bauvorschriften über Gestaltung § 3)

Nicht überbaubare Grundstücksfläche (gemäß § 9 (1) BauNVO)

> Nicht überbaubare Grundstücksfläche -Vorgärten-Flächen mit Einschränkungen für Stellplätze, Garagen und Nebenanlagen

Stellplätze und Garagen (gemäß § 12 BauNVO) Stellplätze und Garagen sind in dem allgemeinen Wohngebieten allgemein zulässig, außer auf der festgesetzten Fläche mit Einschränkungen für Stellplätze und Garagen (Vorgärten); hier sind nur Stellplätze und/oder offene Kleingaragen (sog. Carports) einschließlich ihrer Zufahrt zulässig, wenn ihre Gesamtbreite max. 6,0 m beträgt und offene Kleingaragen in einem Abstand von mind. 1,50m von der Straßenbegrenzungslinie errichtet werden und dadurch die Sicherheit und Ordnung des Verkehrs nicht beeinträchtigt wird.

Nebenanlagen -Vorgärten- (gemäß § 14 BauNVO) Auf den Flächen, die für Stellplätze, Garagen und Nebenanlagen eingeschränkt sind, sind nur solche Nebenanlagen zulässig, die der Versorgung der Baugrundstücke mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme und postalischen Anschlüssen und der Beseitigung von Abfällen dienen, sowie Zu- und Abfahrten. Auf allen anderen Flächen sind untergeordnete Nebenanlagen allgemein zulässig. Nicht zulässig sind Nebenanlagen für Kleintierhaltung.

0,3 Grundflächenzahl (gemäß § 16 (2) Nr.1 BauNVO)

> maximale Traufhöhe (gemäß § 9 (1) Nr. 1 BauGB, § 16 (3) Nr. 2 BauNVO) Die Traufhöhe wird definiert als Schnitthöhe der Außenwandfläche mit der Oberkante der Dachhaut.

maximale Firsthöhe (gemäß § 9 (1) Nr. 1 BauGB, § 16 (3) Nr. 2 BauNVO)

höchzulässige Zahl der Wohneinheiten in Wohngebäuden (gemäß § 9 (1) Nr. 6 BauGB)

Bezugspunkt für die Höhe baulicher Anlagen (gemäß § 18 (1) BauNVO) Als Bezugspunkt für die Höhe baulicher Anlagen gilt die Höhe der Mittellinie der dem Baugrundstück vorgelagerten und fertiggestellten Verkehrsfläche.

2. Bauweise, Baugrenzen

offene Bauweise (gemäß § 22 BauNVO)

> Nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig (gemäß § 9 (1) Nr. 2 BauGB und § 22 BauNVO)

(gemäß § 9 (1) Nr. 2 BauGB und § 23 (3) BauNVO) Ein Überschreiten bzw. Vortreten von Gebäudeteilen, wie Vorbauten, Erker, Loggien, Terrassen etc. kann gemäß § 31 (1) BauGB ausnahmsweise zugelassen werden, jedoch nur bis max. 1/3 der Gebäudelänge und max. 1,50m Tiefe.

3. Verkehrsflächen

Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung - verkehrsberuhigter Bereich (gemäß § 9 (1) Nr. 11 BauGB)

(gemäß § 9 (1) Nr. 11 BauGB)

Fußweg mit Absperrung

Leitungsrecht zu belastende Flächen zugunsten der Anwohner (gemäß § 9 (1) Nr. 21 BauGB)

Straßenverkehrsgrün

Bereich ohne Ein- und Ausfahrt (gemäß § 9 (1) Nr. 4 und 11 BauGB)

4. Flächen für Versorgungsanlagen



Elektrizität (gemäß § 5 (2) Nr. 4, § 9 (1) Nr. 12, 14 und (6) BauGB)

5. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

Anpflanzung von Bäumen (gemäß § 9 (1) Nr. 25 a BauGB)



Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (gemäß § 9 (1) Nr. 25 a BauGB)

6. Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (gemäß § 9 (7) BauGB) bestehende Flurstücksgrenze mit Grenzstein vorgeschlagene Flurstücksgrenze Bemaßung in m

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung (gemäß § 1 (4) BauNVO)

von der Bebauung freihaltender Schutzabstand zum Landwirtschaftlichen Betrieb

7. Nachrichtliche Übernahme

vorhandene Gebäude mit Hausnummer

Fläche für das Parken (gemäß § 9 (1) Nr. 11 BauGB)

Örtliche Bauvorschriften über Gestaltung (gemäß § 86 (4) BauO NW)

§ 1 Geltungsbereich Der Geltungsbereich der örtlichen Bauvorschriften über Gestaltung ist identisch mit dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes "Im höckrigen Felde".

§ 2 Dachneigung, Dachform, Dacheindeckung und -Farbe Zulässig sind geneigte Dächer mit Neigungen von 30° bis 48°. Für Garagen und sonstige Nebenanlagen wird die Mindestdachneigung auf 20° festgesetzt. Für Carports sind auch Flachdächer zulässig. Für geneigte Dächer sind nur Dachziegel aus gebranntem Ton oder Betonsteinpfannen in roten bis rotbraunen Farbtönen zulässig. Glasierte und glänzende Dacheindeckungen sind nicht zulässig. Grasdächer sind nur auf Nebengebäuden zulässig. Pultdächer sind nur mit versetzten Dächern mit einer Dachneigung von 20° bis 48° zulässig. Flächen für erneuerbare Energien sind bis zu max. 30% der Dachfläche zulässig. Gauben sind bei Einzelgebäuden bis 1/2 der Gebäudelänge zulässig. Maßgebend ist ihre Unterkante. Sie müssen jedoch 2,00 m von der Giebelaußenwand entfernt bleiben. Bei Doppelhäusern sind durchgehende Gauben nicht zulässig. Der Gaubenabstand zu der Trennwand der Gebäudehälften muß auf beiden Seiten mind.

1,00 m betragen.

§ 3 Fassadenmaterial Als Material für die Außenwandflächen ist Verblendmauerwerk in Farbtönen von rot bis rotbraun zulässig. Putze sind weiß in Tönen von beige bis grauweiß zulässig. Holzfassaden sind naturbelassen und in der für Putze genannten Farbgebung nur im Bereich WA 2 zulässig. Nicht zulässig sind Imitationen jeglicher Art (z.B. Klinker- und Fachwerkimitationen). Für untergeordnete Gebäudeteilen und Nebenanlagen wie Wintergärten, Erker, Carports, Eingangsüberdachungen o.ä. sind auch Metall-Glaskonstruktionen und Holz zulässig. Untergeordnete Fassadenflächen dürfen farblich ge-

§ 4 Sockelhöhe Die Sockelhöhe wird von Oberkante Mitte fertiger Straße bis zur Oberkante des fertigen Erdgeschossfussbodens in der Mitte des Gebäudes gemessen. Sie beträgt maximal 0,50 m.

Anlagen der Außenwerbung und Warenautomaten im S. d. § 13 BauO NW sind gemäß § 86 (1) BauO NW nur an der Stätte der Leistung oder der Außenwänden der Gebäude im Erdgeschoß bis zur Fenstersohlbank des 1. Obergeschosses zulässig. Die Höhe von Werbeanlagen und Schriften sowie Einzelschildern darf ein Länge von 1,50 m und eine Höhe von 0,50 m nicht überschreiten. Im Vorgartenbereich sind nur Hinweisschilder oder Tafeln bis zu einer Größe von 0,25 qm ausnahmsweise zulässig.

§ 6 Ordnungswidrigkeiten Verstöße gegen Bestimmungen dieser Satzung können mit einem Bußgeld gemäß § 84 (1) Nr. 21 BauO NW geahndet werden.

Die Höhe der Einfriedungen zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen darf, gemessen ab Oberkante Fußweg, maximal 0,70 m betragen.

Grünordnerische Festsetzungen (gemäß §§ 1a und 9 (1a) BauGB)

Die nachfolgend genannten Anpflanzungen sind bis spätestens 2 Jahre nach Baubeginn durchzuführen. Bei Abgang ist Ersatz zu pflanzen, die Pflanzflächen sind zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Die Grenzabstände nach dem Nachbarrechtsgesetz NW (§ 41 ff.) sind

2. Innerhalb der Planstraße sind unter Berücksichtigung erforderlicher Stellplätze und Zufahrten mindestens 8 hochstämmige Säulen-Hainbuchen, "Carpinus betulus 'Fastigiata'", Stammumfang 14 - 16 cm, zu pflanzen. Die Bepflanzung der Baumscheiben ist mit bodendeckenden Gehölzen bzw. Stauden vorzunehmen.

Amelanchier lamarckii Felsenbirne Lonicera xylosteum eckenkirsche Buddleja alternifolia Blut-Johannesbeere Ribes sanguineum Buddleia davidii Kornelkirsche Rosa spec. Cornus mas Rosmarindiattride vveide Pracht-Spiere Kerrie Spirea x vanhouttei Kerria japonica

geeignete Bodendecker Chaenomeles spec.

Spiraea japonica Lonicera nitida Hypericum calycinum Johanniskraut Hedera helix Potentilla spec. Fünffingerstrauch Stephanandra incisa in Arten Lavandula officinalis Rosen in Arten Rosa spec.

geeignete Rosensorten Rosa 'Dagmar Hastrup' Rosa 'Fiona' Rosa 'Gelbe Dagmar Hastrup'

Rosa 'Celina' Rosa 'Schneewittchen' Rosa 'Swany' Rosa 'Yellow Fleurette' Rosa 'Bonica' Rosa 'Heidefeuer'

geeignete Staudensorten

Lamium galeobdolon Alchemilla mollis Frauenmantel Luzula sylvatica Carex morowii Pachysandra terminalis Dickanthere Bergenia cordifolia Vinca major, V. minor Immergrün Geranium endressii Waldsteinia ternata Geranium macrorhizum Storchschnabel

Innerhalb der am östlichen Rand des Plangebietes gelegenen und auszubauenden Straße sind unter Berücksichtigung erforderlicher Stellplätze und Zufahrten mindestens 18 hochstämmige Säulen - Eichen, "Quercus robur 'Fastigiata'", Stammumfang 14 - 16 cm, zu pflanzen. Die Bepflanzungen der Baumscheiben ist mit bodendeckenden Gehölzen bzw. Stauden vorzunehmen.

An der südlichen und westlichen Seite des Plangebietes ist innerhalb eines 3 m breiten Pflanzstreifens eine freiwachsende Hecke mit Bäumen und Sträuchern aus folgender Liste

Prunus avium Acer campestre Sandbirke Prunus padus Traubenkirsche Betula pendula Schlehdorn Hainbuche Prunus spinosa Carpinus betulus Holzbirne Cornus mas Kornelkirsche Pyrus communis Hundsrose Cornus sanguinea Hartriegel Rosa canina Salix caprea Corylus avellana Weißdorn in Arten Holunder Sambucus nigra rataegus spec. Pfaffenhütchen Sorbus aucuparia Vogelbeere Euonymus europaeus Malus sylvestris

Die nicht überbauten Grundstücksflächen sind gärtnerisch anzulegen. Je angefangene 500 m² Grundstücksfläche ist ein Obst- bzw. Laubbaum aus folgender Liste als Hochstamm mit einem Stammdurchmesser von 10 - 12 cm zu pflanzen, sofern keine Heckenpflanzung nach Punkt 5 iestgesetzt ist.

Acer campestre Cornus mas Crataegus spec Carpinus betulus Betula pendula

Kornelkirsche Weißdorn in Arten Hainbuche Sandbirke

Malus sylvestris Vogelbeere Sorbus aucuparia Vogelkirsche Traubenkirsche Holzbirne Pyrus communis

Spierstrauch

Kranzspiere

Lavendel

Heckenkirsche

Zum Ausgleich der im Bebauungsplangebiet nicht ausgleichbaren Eingriffe in die Natur und Landschaft sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

 Schaffung einer Streuobstwiese durch Anpflanzung von 10 hochstämmigen Obstbäumen/ Nutzung als ein- bis zweischürige Wiese auf einer 1.680 m² großen Teilfläche des Flurstückes 49, Gemarkung Petershagen, Flur 16.

• Umgestaltung einer 6.180 m² großen Teilfläche des Flurstückes 45, Gemarkung Peters-Anlage eines Kleingewässers mit einer Flächengröße von 300 m² bei einer Wassertiefe

Prunus avium

Prunus padus

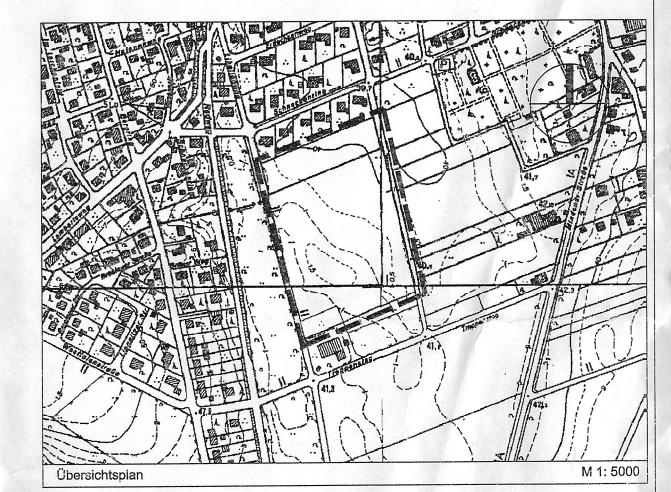
Brachfallen und Zulassen der natürlichen Sukzession auf der nördlichen Hälfte der Aus-Extensivierung der Grünlandnutzung auf der Südhälfte der Ausgleichsfläche.

8. Hinweise

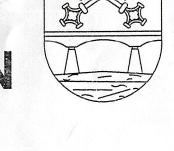
Bodendenkmäler Wenn bei Bodeneingriffen Bodendenkmäler (kulturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauerw Einzelfunde, unter anderem Tonscherben, Metallfunde, verbrannte Knochen usw., aber auch änderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit) entdeckt werden, ist nac § 15 und 16 des Denkmalschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen die Entdeckung unverzüglich der Stadt Petershagen als untere Denkmalbehörde, Bahnhofstraße 63, 32469 Petershagen, Tel.: 05702/ 822-266, Fax: 05702/822-298, oder dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Westfälisches Museum für Archäologie - Amt für Bodendenkmalpflege - , Kurze Straße 36, 33613 Bielefeld, Tel.: 0521/5200250, Fax: 0521/5200239 anzuzeigen und die Entdeckungstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten.

Schutz des Bodens während der Baumaßnahmen Während der Erdarbeiten sind die DIN-Normen 18 300 "Erdarbeiten" und 18 916 "Bodenarbeiten"

Umweltverträglichkeitsprüfung Im Zuge des Planverfahrens zu diesem Bebauungsplan wurde eine Umweltverträglichkeitsprüfung



STADT PETERSHAGEN



BEBAUUNGSPLAN NR. 50 " Im höckrigen Felde"

Satzungsausfertigung

Bestandteil dieses Bebauungsplanes sind die Planzeichnung (Teil A) und die textlichen Festsetzungen (Teil B). Beigefügt ist eine Begründung (Teil C) mit Angaben der Rechtsgrundlagen sowie ein Grünordnungsplan.

